

Währungsmanipulation: Neue Ermittlungen gegen Großbanken

Von Sabine Paulus

Die Bankenwelt kommt nicht zu Ruhe: Auch in Großbritannien ermitteln die Behörden wegen mutmaßlicher Währungsmanipulationen. Konkrete Fälle sind noch nicht bekannt, die Anzeichen auf den Skandal verdichten sich jedoch europaweit: Deutsche CFOs mit Schwellenländergeschäft sollten aufhorchen.



Mögliche Währungsmanipulationen: Bafin-Direktor Raimund Röseler geht davon aus, dass der US-Dollar und der Euro nicht davon betroffen sind.

Die Hiobsbotschaften über die Bankenwelt reißen einfach nicht ab: Schon wieder ermitteln Behörden zu möglichen Manipulationen in der Bankenwelt. Wie in anderen Ländern sammelt nun auch in Großbritannien das Betrugsdezernat Informationen über mögliche Währungsmanipulationen durch Großbanken.

„Wir erhalten und prüfen komplexe Daten zu diesem Thema“, sagte eine Sprecherin des auf schwere Betrugsdelikte spezialisierten Serious Fraud Office (SFO) dem Wall Street Journal. Sollte es zu einer strafrechtlichen Verfolgung kommen, werde dies „wie üblich“ angekündigt, erklärte die Sprecherin weiter. Bislang haben viele Ermittlungen drakonische Strafen nach sich gezogen, zum Beispiel beim Manipulationsskandal um den Referenzzinssatz Libor.

Schon in der vergangenen Woche hatte der Chef der Finanzmarktregulierungsbehörde, Martin Wheatley, angekündigt, dass sich der SFO an den bereits weltweit laufenden Untersuchungen des Devisenhandels beteiligen würde. Die Finanzmarktregulierungsbehörde würde nach Aussagen von Wheatley mit dem SFO kooperieren.

Auch Bafin berichtet über Währungsmanipulationen

Experten aus Regulierungsbehörden und Banken schließen nicht aus, dass die Untersuchungen zu den vermuteten Währungsmanipulationen mindestens ebenso umfangreich werden könnten wie die im Liborskandal. Im Mai hatte die Finanzaufsicht Bafin Beweise für den Versuch von Währungsmanipulationen durch einzelne Händler gefunden. „Es gab Versuche, die Preise zu manipulieren“, sagte Bafin-Direktor Raimund Röseler damals.

Lateinamerikanische und asiatische Währungen seien betroffen, sagte er. Der Grund: Der Handel mit diesen Devisen ist nicht so liquide und deshalb eher für Manipulationen anfällig. Die großen Währungen wie US-Dollar und Euro seien laut Röseler dagegen nicht betroffen.

Der sich abzeichnende neue Bankenskandal hatte sich bereits im Dezember angekündigt. Medien hatten damals berichtet, dass mehrere internationale Großbanken im Verdacht stünden, Währungskurse manipuliert zu haben. Die Kreditinstitute hätten möglicherweise Geschäfte mit fremden Währungen in der Absicht getätigt, den Kurs zu bestimmten Terminen zu beeinflussen und so mit Hilfe von Kurswetten Gewinne zu machen, hieß es damals. Bereits im Oktober 2013 hatte die Schweizer Finanzaufsicht mitgeteilt, gegen mehrere heimische Institute zu ermitteln.

Die britische Finanzaufsichtsbehörde FCA soll die Vorwürfe schon seit gut einem Jahr prüfen. Der Behörde zufolge gibt es bei den Ermittlungen eine „beispiellose globale Kooperation“ unter den Finanzaufsichten. In allein 52 Fällen von mutmaßlicher Währungsmanipulation würden Informationen mit anderen Behörden ausgetauscht, zitiert das Wall Street Journal die FCA. Schon vor einiger Zeit hatte die britische Finanzaufsichtsbehörde erklärt, dass mit Untersuchungsergebnissen zu möglichen Währungsmanipulationen in Großbritannien nicht vor 2015 zu rechnen sei.

Falls sich die Währungskursmanipulation tatsächlich bestätigen sollte, dürften insbesondere Unternehmen mit Lateinamerika- und Asiengeschäft betroffen sein, die die entsprechenden lateinamerikanischen und asiatischen Währungen auf dem globalen Devisenmarkt tauschen. Welche Ausmaße das allerdings annehmen wird, ist derzeit noch nicht absehbar.

Reihe von Anklagepunkte gegen verschiedene Banken

Diese neuen Ermittlungen in Großbritannien reihen sich in eine Liste von Anklagepunkten ein, die gegen verschiedene im Investmentbanking besonders aktive Banken erhoben werden: der Verkauf von windigen Hypothekenpapieren, die Manipulation des Referenzzinssatzes Libor und verschiedener Währungen sowie die Unregelmäßigkeiten beim Goldpreis-Fixing.

Allein in den USA sollen sich die Geldauflagen, Strafzahlungen und Entschädigungen, die die Banken bislang begleichen mussten, mittlerweile auf einen unteren dreistelligen Milliardenbetrag aufsummieren. Die französische Großbank BNP Paribas hatte erst kürzlich angesichts einer milliardenschweren Geldstrafe und dem temporären Ausschluss vom US-Dollar-Clearing für Schlagzeilen gesorgt. Grund für die drakonischen Strafen waren Verstöße der Großbank gegen US-Wirtschaftssanktionen gegen Länder wie Kuba, den Iran und den Sudan.